Geschäftszeichen BIZ-JKL	Datum 15.10.2015	Vorlage-Nr. XVII-0660/2015
------------------------------------	----------------------------	--------------------------------------

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzung am	Zuständigkeit
Verwaltungsrat des Eigenbetriebes Bildungszentrum	öffentlich	17.11.2015	Vorberatung
Kreisausschuss	öffentlich	07.12.2015	Vorberatung
Kreistag	öffentlich	11.01.2016	Entscheidung

<p>Betreff</p> <p>Federführendes Amt und Koordinierungsstelle für Lokale Partnerschaften für Demokratie im BIZ</p>
<p>Beschlussvorschlag:</p> <p>Im Bildungszentrum wird ab 01.01.2016 eine für den Förderzeitraum 2016 - 2019 befristete 0,5 Stelle geschaffen, die als federführendes Amt die Verantwortung für die „lokale Partnerschaft“ für Demokratie übernimmt.</p>

Aufwand/Auszahlung i. €	Produktkonto	☐ Ergebnishaushalt ☐ Finanzhaushalt	Haushaltsjahr/e
Mittel stehen	☐ zur Verfügung	☐ nicht zur Verfügung	☐ nur bereit i. H. v. Euro
Deckungsvorschlag	☐ Mehrerträge/-einzahlungen bei	☐ Minderaufwendungen/-auszahlungen bei	

Diese Maßnahme hat Auswirkungen auf die Erreichung folgender Oberziele:		
Oberziel 1	Der demografische Wandel ist positiv beeinflusst	☐ unterstützt ☐ behindert
Oberziel 2	Der Haushalt des Landkreises Wolfenbüttel ist unter Beachtung der Haushalte der kreisangehörigen Kommunen konsolidiert	☐ unterstützt ☐ behindert
Oberziel 3	Die CO ₂ Bilanz des Landkreises Wolfenbüttel ist verbessert	☐ unterstützt ☐ behindert
Oberziel 4	Der Landkreis Wolfenbüttel steht für gesund aufwachsen, gesund leben und gesund alt werden	☐ unterstützt ☐ behindert
Oberziel 5	Die Landkreisverwaltung Wolfenbüttel ist eine bürgerfreundliche und bürgerorientierte Behörde	☒ unterstützt ☐ behindert
Oberziel 6	Der Landkreis Wolfenbüttel ist der Bildungslandkreis in Niedersachsen	☒ unterstützt ☐ behindert

Begründung:

5 Nach dem Zweiten Weltkrieg, im Zuge des Wachstumsprozesses der europäischen Union und im Kontext der Globalisierung, hat sich die Gesellschaft und auch die Lebenswirklichkeit vieler Menschen in Deutschland diversifiziert und wird sich zweifelsohne angesichts der vielen Zuflucht suchenden Menschen weiter verändern. Unbestritten stehen Bund, Länder und Kommunen in Deutschland vor einer enormen Kraftanstrengung zur Gestaltung einer vielfältigen und weltoffenen Gesellschaft.

10 Geschätzte 1 Mio asylsuchende Menschen allein in diesem Jahr werden das Gesicht unserer Gesellschaft verändern und lösen neben der enormen Hilfsbereitschaft, Offenheit und einem neuen Gemeinschaftsgefühl auch existenzielle Ängste um Arbeitsplätze oder den eigenen Wohlstand aus.

15 Diese Sorgen und Befürchtungen vor den Folgen der massenhaften Einwanderung müssen Berücksichtigung finden, denn aus ihnen erwachsen gleichsam Ressentiments gegenüber den Flüchtlingen, die sich zunehmend in rechtsextremen und rechtspopulistischen Bewegungen in Teilen der Bevölkerung verstärken. Den Strömungen, die mit rassistischen Stereotypen arbeiten und ihre menschenfeindlichen Haltungen und Aktionen als „demokratische Legitimation“ zur Abwehr der vermeintlichen „Überflutung“ unserer Gesellschaft mit fremden Kulturen verstehen, müssen deutlich sichtbare Signale und nachhaltige Handlungskonzepte entgegengesetzt werden.

20 Rechtsextreme Abwehrmechanismen, rassistisches Zündeln, gewaltorientierter Islamismus, der auch in unserer Region verortet ist und andere Bereiche menschenverachtender Phänomene sind Angriffe auf Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit und deshalb neben dem nachhaltigen Management der massenhaften Einwanderung eine dauerhafte Herausforderung für unsere Wertegemeinschaft.

25 Der Rechtspopulismus, der in jüngster Zeit einen weiteren auch offenen und ungenierten Rechtsruck erlebt, vergrößert die Risse in der Gesellschaft und fordert demokratische Handlungskonzepte, die sich klar zu Vielfaltigkeit und Toleranz bekennen. Gleichwohl liegen den artikulierten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger reale Ängste und Probleme zugrunde, die nicht durch Ausgrenzung oder Wegschauen gelöst werden können.

30 Es ist Aufgabe der Politik und gesellschaftlicher Institutionen, humanistische Antworten und Strategien für ein gleichberechtigtes Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und Nationalitäten vorzuhalten. Dabei sind Toleranz und Weltoffenheit gewinnbringend für eine friedliche Gemeinschaft vor Ort zu fördern, ein Dialog mit und präventive Maßnahmen gegen antidemokratische Kräfte zu initiieren.

35 Auch Kommunen, die sich der wachsenden Flüchtlingsproblematik und den damit verbundenen Herausforderungen gegenübersehen, stehen vor der Aufgabe, den damit einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungen, verbreiteten Ängsten, menschenfeindlichen Haltungen und Handlungsmustern vor Ort erkennbar entgegenzuwirken und ihr Profil für den Einsatz einer menschenfreundlichen Gemeinschaft zu schärfen.

40 Um Diskriminierungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit präventiv zu verhindern, um auch die Reaktionsfähigkeit in sozialräumlichen Konfliktlagen vor Ort auf rassistische und antidemokratische Strömungen zu stärken und um eine tolerante lokale Kultur des Zusammenlebens auszugestalten, bedarf es der Förderung und Ermöglichung zivilgesellschaftlicher und institutioneller Initiativen, politischer Bildungsarbeit, Jugendarbeit oder Kulturarbeit:

45
50 Beispielhaft sind folgende Maßnahmen denkbar:

- 55 • Wahrnehmung und Offenlegung antidemokratischer Tendenzen und Kanalisierung dieser Phänomene durch den Aufbau und in Stellungbringung demokratischer zivilgesellschaftlicher Strukturen;
- Demokratiestärkung im ländlichen Raum durch eine sachliche und finanzielle Unterstützung für demokratisch zivilgesellschaftliche Akteure, die auch einer lokalen rechtsextremen Einflussnahme entgegenwirken können; lokale Projekte mit

- 60 rechtsextrem orientierten Jugendlichen;
- Konkrete Kampagnen und Veranstaltungen, die den „Mehrwert“ eines Lebens in Vielfalt vermitteln; z.B. durch persönliche Begegnungen junger Menschen aus verschiedenen Kulturen;
 - Hilfestellungen und Bildungsangebote zur Unterstützung gesellschaftlicher Partizipation: z.B. interkulturelle Sport und Kulturveranstaltungen in Schulen oder
 - 65 Bildungseinrichtungen;
 - Sensibilisierung, Erfahrungsaustausch und Reflexion im Umgang mit Menschen anderer kultureller Prägungen z.B. durch den Aufbau von überparteilichen und überkonfessionellen „Beratungsteams“ die Initiativen, Vereine, Verbände, Bildungseinrichtungen oder auch Wirtschaftsunternehmen unterstützen;
 - 70 • Bürgerforen und Plattformen zur Weiterentwicklung von Perspektiven für eine Gesellschaft, die Migration als selbstverständlich erachtet; Aufbau von Vernetzungsstrukturen.

75 Das **Bundesprogramm „Demokratie leben“** vom Bundesministerium für **Familie, Senioren, Frauen und Jugend** unterstützt Städte, Gemeinden und Landkreise darin, im Rahmen von lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen. Gemeinsam mit Politik, Verwaltung und Aktiven aus der Zivilgesellschaft soll mit Hilfe der Förderung eine auf die lokalen Gegebenheiten abgestimmte Strategie gestaltet werden.

80 Das Programm stellt in einer bundesweiten Förderung perspektivisch und längerfristig in einem Zeitfenster bis 2020 Gelder für Aktions- und Initiativfonds, Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit und der Einrichtung von „Jugendforen“ zur Verfügung, damit konkrete Maßnahmen finanziert werden können, die sich auf der Basis koordinierter Handlungskonzepte und lokaler und regionaler Bündnisse in der Extremismusprävention und

85 gegen menschenverachtende Ideologien wenden. Ziel ist es, durch die zur Verfügung gestellten Gelder konkrete Einzelmaßnahmen zu finanzieren.

Fördergegenstände :

Personal- und Sachausgaben für die verwaltungsexterne Koordinierungs- und Fachstelle bei einem freien Träger	Bis zu 25.000€ / Kalenderjahr
Ein Aktions- und Initiativfond zur Umsetzung von Einzelmaßnahmen	Bis zu 20.000,-€ pro Kalenderjahr bei einer Komplementärfinanzierung von 4000,-€ durch LK oder Drittmittel
Ein Jugendfond für die Beteiligung von Jugendlichen	Bis zu 5000,-€ / Kalenderjahr bei einer Komplementärfinanzierung von 1000,-€ durch LK oder Drittmittel
Sachausgaben für Partizipations- Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit	Bis zu 5000,-€ pro Kalenderjahr
	Gesamtfördervolumen: 55.000,-€ / Kalenderjahr

90 **Förderzeitraum: 1.01.2016 – 31.12.2019. Es müssen jährlich Folgeanträge gestellt werden.**

95 **Aufbauorganisation der Partnerschaften für Demokratie:**

Die Kommune als Gebietskörperschaft trägt die Verantwortung für die „lokale Partnerschaft für Demokratie“ und ist als **federführendes Amt Antragstellerin und Zuwendungsempfängerin**. Die Personal –und Sachausgaben für das federführende Amt entsprechen dem zu erbringenden **Eigenfinanzierungsanteil** durch die Kommune (**0,5 Stelle**). Die Stelle ist in E11 einzugruppieren und entsprechend auszuschreiben bzw. zu besetzen. Ein Förderantrag wird fristgerecht gestellt. Durch die Schaffung dieser Stelle steht dem Landkreis bei positiver Bescheidung ein erhebliches längerfristiges Projektbudget zur

100

105 Verfügung, zugleich ist mit dieser Stelle eine synergetische Ergänzung der großen erforderlichen Aufgaben der Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe möglich, die zur Entlastung und notwendigen konzeptionellen Arbeit beisteuert.

110 Über die zu verwirklichenden Einzelmaßnahmen entscheidet **ein zu gründender Begleitausschuss**, als strategisch handelndes zentrales Gremium, der neben Vertreterinnen und Vertretern aus relevanten Fachabteilungen der kommunalen Verwaltung und anderer staatlicher Institutionen mehrheitlich mit lokalen und regionalen Handlungsträgern aus der Zivilgesellschaft besetzt wird.

115 Zur fachlich-inhaltlichen Koordinierung der Einzelmaßnahmen richtet die Kommune eine **Koordinierungs- und Fachstelle bei einem freien, neutralen Träger** ein, der -angesichts der einzusetzenden Projektmittel- über Erfahrungen und einschlägige Expertise in folgenden Bereichen verfügt:

- fachspezifische Arbeitsfelder (Soziokultur, Kunst, Musik, Sport, Bildung, Jugend)
 - der Arbeit mit Ehrenamt und zivilgesellschaftlichen Engagement
 - Aktivitäten im Landkreis und im ländlichen Raum
- 120 und zudem nach Qualitätsstandards arbeitet.

125 Diese Fach- und Koordinierungsstelle ist für die Steuerung und Umsetzung der anzubahnenden Projekte und Initiativen zuständig. Die Personal- und Sachausgaben für diese Stelle werden bis zu 25.000,-€ /Kalenderjahr gefördert.

Eine frühzeitige Integration, Teilhabemöglichkeiten, die Begegnung mit Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen und der offene Dialog über zu erwartende gesellschaftliche Herausforderungen und auch Widerstände liegen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

130 Das Bildungszentrum ist als Zentrum für Interkulturelles Lernen ein Ort der Begegnung und ist durch sein Portfolio nah an den Menschen aus vielen sozialen Milieus und auch an den Menschen mit Migrationshintergrund. Die im BIZ angesiedelte Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe steht in engem Austausch mit allen Akteuren, relevanten Gremien, verschiedenen Fachämtern (Jugendamt, soziokulturellen Zentren, Schulen...), freien Trägern/Verbänden sowie allen Samtgemeinden.

135 Hier sammeln sich frühzeitig Informationen über Stimmungen, Haltungen und rassistische Aktionen und damit Handlungsbedarfe im Landkreis.

140

145

Christiana Steinbrügge

150 Anlagen:

Leitlinie des Bundesprogramms Demokratie Leben